



Bundestags- brief

Nr.61 • Die Woche im Bundestag • 03.07.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Kraftvoll in die Bundestagswahl

Die Union startet mit Rückenwind in die Bundestagswahl. Der Sieg bei der Europawahl hat gezeigt: Eine bürgerliche Regierung ist möglich. Angela Merkel ist so beliebt wie kein Bundeskanzler vor ihr. Die Bevölkerung traut CDU und CSU die Lösung der anstehenden Probleme weit eher zu als der SPD. Unser Vorsprung vor dem politischen Gegner ist groß.

Wir haben daher alle Chancen, nach der Bundestagswahl im September eine Regierung zusammen mit der FDP zu bilden.

Wir wissen aber auch, dass die Wahl noch nicht gewonnen ist. Vor uns liegen jetzt drei Monate, in denen es darum geht, noch mehr Bürgerinnen und Bürger für unsere politischen Vorstellungen zu gewinnen.

Mit ihrem gemeinsamen Wahlprogramm geben CDU und CSU klare Antworten, wie wir unser Land aus der Krise führen und wieder auf Wachstumskurs bringen wollen. Zentral ist unser Versprechen, die Bürgerinnen und Bürger durch Steuersenkungen zu entlasten.

Nur durch Leistung können wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Deshalb ist es richtig, den Leistungsträgern durch Steuersenkung Anreize zu geben und Leistung zu fördern. Steuererhöhungen wären dagegen Gift für die Konjunktur. Deshalb haben die Vorstände von CDU und CSU solchen Vorschlägen eine klare Absage erteilt und unserem Regierungsprogramm einstimmig zugestimmt. Entlastung der Leistungsträger, nicht neue Belastungen, ist der Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung.

Deshalb können wir am Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts festhalten. Wir haben in dieser Legislaturperiode gezeigt, dass Wachstum und die Bekämpfung des Haushaltsdefizits kein Widerspruch sind. 2008 haben wir zum ersten Mal seit rund zwanzig Jahren wieder einen ausgeglichenen Gesamthaushalt vorgelegt. Wachstum ist das beste Mittel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Mit einer Mischung aus Steuersenkungen und staatlichen Zukunftsinvestitionen werden wir die Wachstumskräfte in unserem Land stärken.

EU-Reformvertrag von Lissabon ist verfassungsgemäß

Das Bundesverfassungsgericht hat die Klagen gegen den Vertrag von Lissabon zurückgewiesen. Er ist damit mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Zweite Senat formulierte jedoch die Auflage, die parlamentarische Beteiligung am Erlass europäischer Vorschriften im Rahmen des Begleitgesetzes noch weiter zu stärken.

Das gilt vor allem für die sog. „Brückenklausel“ sowie das „vereinfachte Vertragsveränderungsverfahren“ im Primärrecht. Wir werden deshalb noch vor der Sommerpause ein verändertes Gesetz vorbereiten, das vom Bundestag voraussichtlich am 26. August in erster Lesung beraten und dann am 8. September 2009 beschlossen wird, damit die Ratifikationsurkunde nach der Ausfertigung durch den Bundespräsidenten rechtzeitig hinterlegt werden kann.

Wir begrüßen die Entscheidung des Gerichts. Das wegweisende Urteil wird seine Bedeutung in ganz Europa entfalten.

Die Ergebnisse der zugrunde liegenden Prüfung des Vertrages räumen die Vorbehalte aus, dass der Vertrag von Lissabon die Bedeutung der Nationalstaaten in der EU erodieren würde. Vielmehr verbleibt nach wie vor die Integrationsverantwortung bei den nationalen Parlamenten.

Es ist zudem ein wichtiges Signal, dass das Bundesverfassungsgericht sich selbst eine stärkere Kontrollfunktion zugewiesen hat und auch künftig darüber wachen wird, dass die Institutionen der EU nicht ersichtlich ihre eingeräumten Kompetenzen überschreiten.

Unter diesen Prämissen ist der Weg für die endgültige Ratifizierung des Vertrags von Lissabon frei.

Trauer um die gefallenen Soldaten – Afghanistaneinsatz zum Erfolg führen

Wir trauern um die drei gefallenen deutschen Soldaten, die in der vergangenen Woche von den Taliban angegriffen wurden. Der Vorfall hat einmal mehr gezeigt, mit welchen Gefahren der Einsatz in Afghanistan verbunden ist und welche große persönliche Risiken unsere Soldaten tragen.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl gelten den Angehörigen und Freunden der Getöteten. Den deutschen Soldaten, die in Afghanistan ihren Dienst leisten, schulden wir Dank und Anerkennung für ihren Einsatz für unsere Sicherheit. Die schwierige Sicherheitslage in Afghanistan macht eine robuste militärische Absicherung des afghanischen Staates notwendig. Radikale Islamisten wollen mit terroristischer Gewalt den Erfolg eines zivilen Staatswesens verhindern. Sie schrecken nicht vor hinterhältigen Anschlägen auf die internationale Schutztruppe zurück und auch nicht davor, Zivilisten als sogenannte menschliche Schutzschilde für ihre Terroroperationen zu missbrauchen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass unsere Soldaten in der Lage sind, sich wirksam gegen diese Bedrohung zur Wehr zu setzen.

Auch im anstehenden Bundestagswahlkampf wird unser Einsatz in Afghanistan eine Rolle spielen. Politiker wie Lafontaine und Gysi werden nicht zögern, ihren populistischen Wahlkampf auf dem Rücken unserer Soldaten auszutragen. Sie sind bereit, Deutschlands Sicherheit und die Erfolge beim Wiederaufbau in Afghanistan für ihren Wahlkampfklammer zu opfern. Das dürfen wir nicht zulassen.

In der vergangenen Sitzungswoche wurde das von Andreas Schockenhoff verfasste Argumentationspapier zum Thema Afghanistan verteilt, das die zentralen Punkte unseres Einsatzes beschreibt und klare Positionen für unser Engagement formuliert. Mit unserem Afghanistaneinsatz und der linken Fundamentalkritik befasst sich auch eine kürzlich von der Konrad-Adenauer-Stiftung verfasste Studie. In dieser Woche stimmen wir im Deutschen Bundestag über die Entsendung von AWACS-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan ab. Der Antrag der Bundesregierung sieht die Entsendung von bis zu 300 Soldaten vor. Das Mandat ist bis zum 13. Dezember 2009 befristet. Die Zustimmung des Bundestags ist notwendig, damit sich Deutschland mit einem Teil der AWACS-Besatzung an dem NATO-Einsatz beteiligen kann.

Neues Meister-BAföG verbessert Aufstiegschancen für beruflich Qualifizierte

Mit dem neuen Meister-BAföG verbessern wir die Aufstiegschancen der Menschen mit einer beruflichen Ausbildung. Wir unterstützen diejenigen, die ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und einen beruflichen Aufstieg oder gar den Sprung in die Selbständigkeit anstreben. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Ihre Fach- und Führungskompetenz ist die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg vieler Unternehmen. Wir brauchen nicht nur, wie oft zu hören ist, mehr Akademiker. Auch auf Meister, Techniker und Fachwirte können wir nicht verzichten. Deshalb machen wir die Konditionen für die Förderung noch attraktiver. Fortbildungsteilnehmer erhalten fortan auch in der Prüfungsphase Unterhaltsförderung, Alleinstehende mit Kindern erhalten mehr Geld und Unternehmensgründer werden durch Erhöhung des Existenzgründungserlasses noch stärker als bisher belohnt, wenn sie Arbeits- oder Ausbildungsplätze schaffen. Vor allem aber beziehen wir die Aufstiegsfortbildung zum/zur Erzieher/in und die Fortbildungen in der Altenpflege in die Förderung ein. Gerade die Beschäftigten in der Kinderbetreuung und in der Altenpflege verdienen bei ihrer beruflichen Qualifizierung jegliche Unterstützung. Nur wenn wir für diese verantwortungsvollen Berufe attraktive Perspektiven bieten können, werden wir ausreichend viele junge Männer und Frauen hierfür gewinnen können, in unser aller Interesse.

Zu guter Letzt:

Topentscheider wollen Schwarz-Gelb

Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) aller obersten Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung wünschen sich nach der Bundestagswahl ein Regierungsbündnis aus Union und FDP. Lediglich 19 Prozent sprechen sich für die Fortführung der Großen Koalition aus. Dennoch zeigen sie sich mit der Politik der Großen Koalition zufrieden: 63 Prozent unterstützen die Wirtschaftspolitik der schwarz-roten Bundesregierung, 71 Prozent attestieren ihr ein gutes Krisenmanagement. Dies wird allerdings in erster Linie der Union und der Bundeskanzlerin zugeschrieben. In der Frage nach dem künftigen Bundeskanzler haben die Topentscheider eine klare Präferenz: 64 Prozent halten Angela Merkel für eine starke Regierungschefin. Dagegen ist die Zahl derjenigen, die Steinmeier das Amt des Bundeskanzlers zutrauen, von 59 auf 37 Prozent eingebrochen.

(Quelle: Capital-Elite-Panel)